Der Grosse Rat des Kantons Bern **Le Grand Conseil du canton de Berne**

Wortlautdokument

Dienstag (Abend), 29. Januar 2013

Finanzdirektion

Vorstoss-Nr:	237-2012	
Vorstossart:	**Motion**	
Eingereicht am:	09.11.2012	
Eingereicht von:	Kohler (Steffisburg, BDP) Feller (Steffisburg, FDP) Ruchti (Seewil, SVP) Siegenthaler (Rüti b.Büren, BDP)	(Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften:	0	
Dringlichkeit:	Ja 22.11.2012	
Datum Beantwortung:	19.12.2012	
RRB-Nr:	1852/2012	
Direktion:	FIN	

Sparen durch Leistungs- und Aufgabenabbau

1. Der Regierungsrat wird im Zusammenhang mit den ASP-Arbeiten aufgefordert, in allen Direktionen einen Leistungs-und Aufgabenabbau zu planen und durch die zuständigen Organe beschliessen zu lassen, mit dem Ziel, beim gesamten Staatspersonal, inklusive der subventionierten Bereiche und der Lehrerschaft, bis Ende 2015 einen Stellenabbau von min. 5 Prozent zu erreichen.
2. Der Regierungsrat wird aufgefordert, den Personalbestand in allen Direktionen bis Ende 2013 zu plafonieren und keine neuen Stellen mehr zu schaffen.

Begründung:

Die finanzpolitischen Perspektiven im Kanton Bern sind bedenklich. Im Aufgaben- und Finanzplan des Regierungsrates wird in den nächsten Jahren mit erheblichen Defiziten gerechnet. Ohne Massnahmen entsteht daraus eine Neuverschuldung in Milliardenhöhe. Eine Neuverschuldung in dieser Grössenordnung gilt es zu verhindern.

Der grösste Teil der durch Regierung und Parlament beinflussbaren Kosten im Kantonshaushalt entsteht durch den Personalaufwand. Um das strukturelle Defizit eliminieren zu können, sind also zwingend Massnahmen notwendig, welche die Kosten beim Personalaufwand reduzieren.

Der Personalbestand steht in direktem Zusammenhang mit den staatlichen Aufgaben und Leistungen. Somit ist klar, dass der Personalbestand nur nachhaltig reduziert werden kann, wenn gleichzeitig das Angebot staatlicher Leistungen reduziert wird oder auf tieferem Standard erfolgt.

Aus unserer Sicht können unter anderen folgende Massnahmen geprüft werden:

- Senkung der Kosten beim Strassen- und Gebäudeunterhalt
- tiefere Standards im Hoch- und Tiefbau
- Leistungs- und Aufgabenreduktion in der Archäologie und in der Denkmalpflege
- Vereinfachung und Aufgabenabbau in der Bildungsverwaltung
- Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrösse bei Beibehaltung des oberen Überprüfungsbereiches
- Anpassung der Leistungsaufträge an subventionierte Bereiche und Universität
- generelle Vereinfachung aller Bewilligungsverfahren
- Senkung des Qualitätsstandards bei Dienstleistungen für Dritte

Antwort des Regierungsrates

Die vorliegende Motion fordert vom Regierungsrat im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP 2014 einen Stellenabbau beim gesamten Staatspersonal inklusive subventionierte Bereiche und Lehrerschaft von mindestens fünf Prozent bis Ende 2015.

Damit zielt die Motion in eine ähnliche Richtung wie die dringliche Motion 231-2012 Knutti (Weissenburg, SVP); Fuchs (Bern, SVP), welche in einem ersten Schritt bis am 31. Dezember 2013 in jeder Direktion den Abbau von drei Prozent der heute bestehenden Verwaltungsstellen und in einem zweiten Schritt bis spätestens am 31. Dezember 2015 in jeder Direktion einen Abbau von weiteren fünf Prozent der heute bestehenden Verwaltungsstellen fordert. Anders als in der Motion 231-2012 soll gemäss der vorliegenden Motion der geforderte Stellenabbau von «*mindestens fünf Prozent der Stellen bis Ende 2015»* in Verbindung mit einem Leistungs- und Aufgabenabbau erreicht werden.

Gemäss den «Personalkennzahlen Kanton Bern 2011» setzt sich der Personalbestand des Kantons Bern per Ende 2011 folgendermassen zusammen[1]:

Kantonspersonal	13‘416	Vollzeitstellen
Lehrkräfte	10‘749	Vollzeitstellen
Universität	3‘973	Vollzeitstellen[2]
Subventionierter Bereich (GEF)	24‘495	Vollzeitstellen (davon 11‘595 in Spitälern und 12‘900 im Bereich Fürsorge)
Total	**52‘633**	**Vollzeitstellen**

Gemäss der vorstehenden Aufstellung entspricht ein Stellenabbau von fünf Prozent somit einem Abbau von rund 2‘630 Vollzeitstellen.

In Bezug auf die Forderung der vorliegenden Motion gilt es Folgendes zu berücksichtigen:

- Der Anteil des Personalaufwands am bereinigten Aufwand der Laufenden Rechnung[3] beträgt rund ein Drittel. Der Personalaufwand von rund CHF 3,2 Milliarden teilt sich rund je Hälftig auf das Kantonspersonal und die Lehrerschaft auf.
- Bei Verbundaufgaben partizipieren die Gemeinden an den Entlastungseffekten. Beispielsweise wird bei einem Stellenabbau im Kindergarten- und Volksschulbereich der Kantonale Haushalt nur zu 70 Prozent entlastet.
- Ein Stellenabbau in dieser Grössenordnung wäre wegen der mangelnden Steuerungsmöglichkeit, in welchen Bereichen eine für die Umsetzung der Motionsziele hinreichende Fluktuation erfolgen sollte, wohl kaum allein über die natürliche Fluktuation möglich. Somit müssten beispielsweise Sonderrenten wegen unverschuldeter Entlassung und Abgangsentschädigungen entrichtet werden. Diese dürften das Sparvolumen in den ersten Jahren ganz erheblich einschränken. Verlässliche Schätzungen dazu sind im Moment sehr schwierig; dafür nötig wären Angaben zu den abzubauenden Aufgaben, dem dafür eingesetzten Personal und dessen Kosten, den Perspektiven bezüglich natürliche Fluktuation, die mutmasslichen Kosten für Abgangsentschädigungen und Sonderrenten etc.
- Rund CHF 4,5 Milliarden oder 45 Prozent des bereinigten Aufwands der Laufenden Rechnung im Voranschlag 2013 betrifft die Staatsbeiträge. Neben Beiträgen an private Haushalte (Krankenkassenprämienverbilligungen, Ergänzungsleistungen, individuelle

[1] vgl. http://www.fin.be.ch/fin/de/index/personal/anstellungsbedingungen/statistik.html
[2] Ab 1.1.2013 im Beitragssystem
[3] Totalaufwand gemäss Voranschlag 2013 abzüglich durchlaufende Beiträge, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen

Sozialhilfe) betreffen die Staatsbeiträge in einem erheblichen Umfang auch Leistungen an Institutionen, welche staatliche Aufgaben im Auftrag des Kantons erfüllen (u.a. Universität, Spitalversorgung, Spitex, Behindertenbereich, öffentlicher Verkehr, Institutionen im Bildungsbereich). Ein Abbau des Angebots oder Strukturbereinigungen in diesen «subventionierten Bereichen» führt indirekt auch zu einem Personalabbau.

- In den subventionierten Bereichen ist in der Regel der Kanton nicht Alleinfinanzierer. Die Mitfinanzierer (z. B. Bund, Gemeinden, Krankenversicherer) partizipieren im Umfang ihres Finanzierungsanteils an den Entlastungseffekten.
- Ebenfalls einschränkend auf das avisierte Stellenabbauziel würde sich beispielsweise auch die per 1. Januar 2012 erfolgte Inkraftsetzung der Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes Spitalfinanzierung auswirken. Dieses schliesst für mehrere tausend Stellen einen direkten, vom Kanton beschlossenen Stellenabbau aus.[4]
- Im Bereich der Bildung wären bei der Umsetzung der Motion rund 500 Vollzeitstellen in der Volksschule und in der Berufsbildung bzw. der Mittelschulen abzubauen. In der Volksschule würde das bedeuten, entweder in allen Schuljahren im Durchschnitt mehr als 2 Lektionen Unterricht abzubauen oder insgesamt rund 250 Klassen zu schliessen, um die durchschnittliche Klassengrösse zu erhöhen. Die Streichung von Unterrichtslektionen müsste nach dem 2012 bereits erfolgten Abbau von insgesamt 8 Lektionen in den Fächern Gestalten und NMM unter anderem auch zu Lasten der Fächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen gehen, um eine gewisse Ausgewogenheit zu garantieren. Die Erhöhung der durchschnittlichen Klassengrösse müsste im ländlichen Raum aber auch zu Lasten der grösseren Gemeinden mit vielen Schülerinnen und Schülern realisiert werden. In der Berufsbildung und den Mittelschulen müssten ebenfalls rund 100 Klassen geschlossen werden. Dies ginge nicht ohne die Aufhebung von kleineren Schulstandorten und die Ausdünnung des Angebotes. Dabei würden erneut die peripheren Regionen stärker getroffen, welche ohnehin schon unter dem demografischen Rückgang leiden. Bei den Hochschulen würde die Umsetzung der Motion zu einem Abbau an Studienfächern führen.
- Eine Vielzahl von Stellen wird u.a. mit Gebühren oder mit Beiträgen Dritter refinanziert. So verfügt zum Beispiel die Polizei- und Militärdirektion im Strassen- und Schifffahrtsverkehrsamt und im Pass- und Identitätskartendienst über zahlreiche Ertrag generierende Stellen. Eine Reduktion dieser Stellen ist nicht sinnvoll, bzw. kontraproduktiv. Ein Stellenabbau bei der Kantonspolizei ginge mit einer entsprechenden Leistungsreduktion – möglicherweise mit der Schliessung von Wachen in peripheren Regionen – einher. Von Dritten bestellte und vollständig refinanzierte Stellen sind vom Stellenabbau auszunehmen.
- Es ist davon auszugehen, dass eine lineare Kürzung von fünf Prozent der Stellen über alle kantonalen Aufgabenbereiche realpolitisch kaum mehrheitsfähig sein dürfte: Wie immer in solchen Fällen ist davon auszugehen, dass es Bereiche geben dürfte, welche von einem Stellenabbau ausgeklammert würden oder wo ein Stellenabbau aus politischen Gründen nicht mit den vollen fünf Prozent umgesetzt würde.
- Volkswirtschaftlich ist zu beachten, dass die staatlichen Institutionen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine hohe Verantwortung tragen und stabilisierende Wirkung entfalten. Es ist damit zu rechnen, dass im Zuge der internationalen Wirtschaftslage die

[4] Die Spitalversorgung kann ab 2012 nicht mehr zum subventionierten Bereich gezählt werden, da der Kanton durch das Krankenversicherungsgesetz vorgegebene Leistungen zu bezahlen hat, deren «Preis» zudem nicht von ihm, sondern von den Leistungserbringern und den Krankenversicherern ausgehandelt wird. Einfluss auf die Anzahl Stellen könnte der Kanton höchstens bei den drei kantonalen Psychiatrieinstitutionen nehmen und den Regionalen Spitalzentren sowie der Hôpital du Jura bernois SA, die sich grossmehrheitlich in seinem Eigentum befinden. Alle anderen Leistungserbringer der Spitalversorgung sind privat getragen und der Kanton kann folglich nicht auf deren Stellenpläne Einfluss nehmen. Dies gilt namentlich auch für das Inselspital.

wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz und im Kanton Bern schwierig bleiben wird. Trotz der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist in unserem Land die Arbeitslosigkeit glücklicherweise bisher tief geblieben. Dies könnte sich in der Zukunft allerdings ändern. In diesem Zusammenhang ist zu verhindern, dass sich der Kanton in einer schwierigen Phase prozyklisch verhält und ebenfalls in grossem Masse Arbeitsplätze abbaut. Dabei besteht nicht zuletzt auch die Gefahr von Kostenumlagerungen auf die Arbeitslosenversicherung. Darüber hinaus weist der Regierungsrat darauf hin, dass die Wirtschaft des Kantons Bern bei einem rigorosen Stellenabbau beim Kantonspersonal mit massiven Verzögerungen kantonaler Verfahren, namentlich von Bewilligungs- oder Beitragsverfahren, rechnen müsste.

Der Regierungsrat hat sowohl in der Vergangenheit wie auch bei der Beantwortung der Motion 231/2012 Knutti / Fuchs stets betont, dass für ihn im Rahmen der Erarbeitung von Entlastungsmassnahmen in erster Linie die Frage im Vordergrund stehe, welche Aufgaben, resp. welche Leistungen der Staat in welchem Umfang in Zukunft noch erfüllen, bzw. erbringen soll. Ein allfälliger Abbau von Aufgaben und Leistungen werde anschliessend auch zu einem Abbau von Stellen führen.

Der Regierungsrat lehnt es jedoch ab, bereits heute den Ergebnissen der Angebots- und Strukturüberprüfung ASP 2014 mit einem fixen Stellenabbauziel vorzugreifen. Der Regierungsrat hat sich zum Ziel gesetzt mit der ASP 2014 das strukturelle Ungleichgewicht im bernischen Finanzhaushalt zu beseitigen. Ob dieses Ziel mit einem Stellenabbau, mit Reduktionen oder dem Verzicht auf die Entrichtung von Staatsbeiträgen, mit welchen keine oder nur geringe Personalaufwendungen verknüpft sind, oder Leistungs- und Aufgabenabbau in anderen Bereichen erreicht werden soll, will der Regierungsrat ganz bewusst offen lassen.

Gleichzeitig weist der Regierungsrat den Grossen Rat darauf hin, dass ein Personalabbau im Umfang von mindestens fünf Prozent beim Kantonspersonal, den Lehrkräften und dem subventionierten Bereich einen erheblichen Abbau der staatlichen Leistungen erfordern wird.

Vor diesem Hintergrund lehnt der Regierungsrat zum heutigen Zeitpunkt ein konkretes Stellenabbauziel *«von mindestens fünf Prozent der Stellen bis Ende 2015»* ab. Er ist auch überzeugt, dass ein solch linearer Stellenabbau den grossen Leistungen den Kantonsangestellten und den Lehrkräften nicht gerecht wird. Zudem würde mit der Umsetzung einer solchen Forderung die Sozialpartnerschaft stark gefährdet und der Arbeitsfriede würde aufs Spiel gesetzt. Schliesslich würde das Bild des Kantons Bern als verlässlicher Arbeitgeber arg in Mitleidenschaft gezogen. Nebst dem ungenügenden Gehaltsaufstieg der letzten Jahre und den heiklen Zukunftsaussichten bei den Pensionskassen hätte eine solche radikale Massnahme eine äusserst negative Signalwirkung an motivierte, ambitionierte Staatsangestellte.

Mit Ziffer 2 der Motion wird der Regierungsrat zudem aufgefordert, in allen Direktionen den Personalbestand bis 2013 zu plafonieren und keine neuen Stellen mehr zu schaffen. Der Regierungsrat ist damit grundsätzlich einverstanden. Er hat – wie bereits in den vergangenen drei Jahren – auch im Planungsprozess zur Erarbeitung des Voranschlags 2013 auf die Bewilligung von neuen, unbefristeten Stellen mit Kostenfolgen verzichtet.[5] In diesem Sinn beantragt er dem Grossen Rat, Ziffer 2 als Postulat anzunehmen.

[5] Mit Ausnahme der neuen Stellen für die durch den Grossen Rat beschlossene Kantonalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (149.5 Vollzeitstellen), den neuen unbefristeten Stellen für die Umsetzung der Erhöhung des Mindestferienanspruchs in Bereichen mit Schichtbetrieb (16,7 Vollzeitstellen) sowie den neuen, unbefristeten Stellen zur Inbetriebnahme des Regionalgefängnisses Burgdorf (2. Tranche: 10 Vollzeitstellen).

63 2012.1425 Motion 237-2012 Kohler (Steffisburg, BDP)
Sparen durch Leistungs- und Aufgabenabbau

Der Regierungsrat beantragt:
Punktweise beschlossen
Ziffer 1: Ablehnung
Ziffer 2: Annahme als Postulat

Präsidentin. Sie haben vermutlich mitbekommen, dass die Finanzdirektorin krank ist. Die Patientin wird nun von einem anderen Patienten vertreten. Ich begrüsse zu den Geschäften der Finanzdirektion unseren Regierungspräsidenten, Herrn Regierungsrat Rickenbacher. Wir kommen zur Motion Kohler «Sparen durch Leistungs- und Aufgabenabbau».

Mathias Kohler, Steffisburg (BDP). Wir hatten die überparteiliche Motion als Folge der Motion Knutti im November eingereicht. Wir hätten sie auch gerne im November behandelt, weil bis heute vermutlich viele schon wieder vergessen haben, wie düster die Aussichten im Voranschlag sowie im Aufgaben- und Finanzplan sind. Was will die Motion? Wir wollen im Zusammenhang mit den ASP-Arbeiten einen Leistungs- und Aufgabenabbau und damit verbunden einen Stellenabbau, verteilt über die nächsten drei Jahre, und das in allen Direktionen. Weiter wollen wir eine Plafonierung des Personalbestands bis Ende 2013, ebenfalls in allen Direktionen. Zudem haben wir einige Punkte aufgeführt, wo aus unserer Sicht eine Reduktion der Leistung und des Angebots geprüft werden könnte. Uns ist klar, dass wir eine starke Verwaltung brauchen. Aus unserer Sicht müsste sie aber auch schlank sein. Vielleicht können wir mit unserer Motion der Regierung auch den Rücken stärken, wenn sie die Massnahmen der ASP, die wahrscheinlich in einem Stellenabbau münden, umsetzen muss. In den kommenden Jahren müssen wir pro Jahr mehr als 400 Mio. Franken einsparen. Wie soll das aber in Zukunft aussehen, wenn man sieht, wie schwer wir uns damit tun, nur schon bei den kleinsten Abstrichen Leih zu halten? Wir sollten nicht schon beim ersten Gegenwind den Kopf einziehen. Die Antwort der Regierung ist aus meiner Sicht fragwürdig. Sie zeigt auf, warum es nicht geht, bringt aber keine Lösungsvorschläge. Im subventionierten Bereich wurde sogar mit denjenigen Stellen gerechnet, die man gar nicht beeinflussen kann. Wir gingen davon aus, dass man nur mit denjenigen Stellen rechnet, die man wirklich beeinflussen kann und die dem Kanton direkt unterstellt sind. Wir sprechen also von rund 30 000 und nicht von 50 000 Stellen. Wir müssen den Spardruck aufrechterhalten, deshalb halten wir in beiden Ziffern an der Motion fest. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Präsidentin. Wünschen die Mitmotionäre das Wort? – Das ist der Fall. Ihre Redezeit beträgt drei Minuten.

Hans Rudolf Feller, Steffisburg (FDP). Ich äussere mich sowohl als Mitmotionär wie auch als Fraktionssprecher der FDP. Mathias Kohler hat erklärt, worum es geht. Der Unterschied zur Motion Knutti, die im November überwiesen worden ist, liegt darin, dass wir zwar alle Bereiche beleuchten und einbeziehen wollen, den Abbau jedoch über die Gesamtheit der Verwaltung vornehmen wollen und nicht linear in jeder Direktion. Zudem verlangt unser Vorstoss, dass der Abbau im Zusammenhang mit der ASP gesehen wird. Das heisst, es soll ein Aufgabenabbau erfolgen. Die Forderung nach einem Aufgabenabbau respektive nach einer Aufgabenüberprüfung stellten wir bereits in der FDP-Motion unter dem Titel «Strategische Aufgabenüberprüfung», die im September 2010 überwiesen wurde. Die Regierung hätte also zwei Jahre Zeit gehabt, um etwas zu machen. Die Forderung nach dem Stellenmoratorium, die wir in dieser Motion ebenfalls stellen, ist im Grunde genommen nichts Neues, sondern nur das, was der Regierungsrat bereits macht, wie er in seiner Antwort sagt. Das heisst, es gibt nichts mehr zu prüfen, sondern nur noch umzusetzen. Diese Gründe bewegen die FDP dazu, diesen Vorstoss vollumfänglich in beiden Ziffern als Motion anzunehmen. In seiner Antwort zeigt der Regierungsrat einmal mehr auf, was man eben nicht kann, anstatt einfach mal aufzuzeigen, was man tun könnte, damit es geht. Ich weiss, dass die Punkte, die wir aufgeführt haben, dem einen oder andern in den falschen Hals geraten sind, beispielsweise die Erhöhung der Schülerzahlen: das sind jedoch Möglichkeiten und Hinweise darauf, wo man etwas tun könnte. Müssen tut man es damit noch nicht. Vielleicht wird die Forderung nicht

vollumfänglich umgesetzt werden können, man müsste es aber zumindest einmal versuchen. Uns ist klar, dass das teilweise zu einschneidende Massnahmen führt, ebenso, dass es mit einem Aufgabenabbau verbunden ist – etwas, was wir seit zwei Jahren verlangen. Unsere heutige Finanzlage ist desolat, es ist eine besondere Lage. Bekanntlich erfordern besondere Situationen besondere Massnahmen. Aufzuzeigen, welche Massnahmen das sind, ist nicht unsere Aufgabe, sondern die Aufgabe des Regierungsrats.
Es ist uns auch klar, dass die linke Seite einem Personalabbau nicht einfach zustimmen kann. Die Anzahl Stellen mal die Besoldungsklasse ergibt einen Frankenbetrag, das schleckt keine Geiss weg. Ein Stellenabbau bildet in dem Sinn aber auch eine Chance, dass diejenigen Leute, die noch da sind, gut oder besser als heute bezahlt werden können. Das ist eine Forderung, welche einerseits die linke Seite stellt, anderseits von der bürgerlichen Seite auch anerkannt wird. Diejenigen Leute, die da sind und gute Arbeit leisten, sollen anständig bezahlt werden. Mit anderen Worten: Diese Forderung, bei der Handlungsbedarf besteht, kann vielleicht mit einem Stellenabbau erfüllt werden. Den Fünfer und das «Weggli» gibt es allerdings auch hier nicht. Es ist eine Tatsache, dass der Stellenbestand in den letzten Jahren stetig zunahm, auch wenn man die besonderen Massnahmen, zum Beispiel die Kantonalisierung der Polizei, ausklammert. Betrachtet man die Fluktuationsrate, die netto mehr als 4 Prozent beträgt, oder die Pensionierungen in den nächsten Jahren, etwa 7 Prozent, müsste diese Forderung eigentlich erfüllbar sein, ohne dass der ganze Staatshaushalt durcheinander gerät. Alle diese Gründe führen dazu, dass ich Ihnen mit gutem Gewissen empfehlen kann, beide Ziffern der Motion anzunehmen.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Ich habe diese Motion mitunterzeichnet, weil es aus meiner Sicht gewissermassen ein Notschrei ist, weil wir uns immer im Kreis drehen. Einerseits haben wir die Forderungen des Personals, das zweifellos sehr gute Leistungen erbringt: Diese Leute möchte man gut behandeln und gut bezahlen. Deshalb müssen wir uns überlegen, wie wir mit dem vorhandenen Budget und den Geldmitteln, die nicht mehr werden, sondern eher weniger, umgehen. Es gibt nur eine Lösung: überlegen, welche Aufgaben der Kanton Bern, die Regierung, unser Personal noch haben. Was können wir tun, damit wir die Lohnsumme, die im Kanton Bern 4 Mrd. Franken beträgt – die Löhne machen 40 Prozent des Budgets aus –, gerecht verteilen können. Werte Anwesende, wenn wir dafür einen Anhaltspunkt haben wollen, müssen wir uns überlegen, in welcher Form wir das umsetzen können. Das geht nur, wenn wir den Leistungs- und Aufgabenbereich des Kantons Bern neu überdenken und der Regierung nun eine rechtliche Grundlage geben. Eine Motion ist etwas, was ohne Kann-Formulierung umgesetzt werden muss. Genau aus diesem Grund helfe ich mit und bin froh, wenn wir an dieser Motion festhalten. Wenn wir im Kanton Bern in Sachen ASP und Leistungsbereich etwas verändern wollen, müssen wir diese Motion annehmen. Ich sehe keine andere Lösung. Ich danke für die Unterstützung.

Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren (BDP). Ich will Ihnen sagen, was wir nicht wollen. Was wir wollen, haben wir geschrieben. Das Ganze ist als Dialog zu verstehen. In einem Dialog sendet jemand und jemand empfängt. Manchmal verstehen die Empfänger etwas nicht so, wie es der Sender gesendet hat. Wir wollen nicht, dass der Erziehungsdirektor morgen damit beginnt, Lehrerinnen und Lehrer zu entlassen. Wir wollen auch nicht, dass das Personalamt sofort beginnt, Leute zu entlassen. Vielmehr ist der Titel der Motion wichtig, der «Sparen durch Leistungs- und Aufgabenabbau» lautet. Dem Parlament wird gelegentlich über alle Parteien hinweg vorgeworfen, man wolle sparen, aber nicht gerade bei sich selbst. Oder man wolle weniger Personal, aber dieselbe Leistung. Mit dieser Motion wollen wir im Grunde genommen der Regierung ein Zeichen geben. Die Regierung hat bekanntlich das ASP-Programm in Aussicht. Wir wollen der Regierung klar sagen, dass sie auch Leistungen und Aufgaben abbauen darf. Es handelt sich eigentlich um ein Versprechen, welches das Parlament der Regierung gibt. Sie darf das auch vorschlagen. Das ist es, was wir möchten. Das musste man irgendwie formulieren, und das wurde mit den beiden Ziffern gemacht.
Zu Ziffer 2 brauche ich mich nicht zu äussern. Missverstanden wurde jedoch Ziffer 1: Es geht nicht um Stellenabbau und Rasenmähermethoden. Lesen Sie bitte den Motionstext. Wir wollen vermeiden, dass das ASP-Programm scheitert, wie es mit dem Programm Aufgabendialog der Fall war. Da wurden grosse Versprechungen gemacht, aber als man begann, über den Wegfall von Aufgaben zu diskutieren, fand man plötzlich keine Mehrheiten mehr. Wir fordern klar vom Parlament ein Zeichen, dass die Regierung durchaus Leistungs- und Aufgabenabbau vorschlagen darf. Das muss das Parlament natürlich mehrheitlich wollen. Es sollen jedoch nicht nur Leistungen und

Aufgaben abgebaut werden, daraus sollten vielmehr auch Einsparungen resultieren. Bei einem Haushalt, bei dem die Lohnsumme 4 von 10 Milliarden ausmacht, kommt man nicht darum herum, den Personalbestand zu reduzieren. Das ist in Gottes Namen so. Wahrscheinlich muss gar niemand entlassen werden, weil die Fluktuation unsere Forderung übersteigt. Es ist auch nicht in Stein gemeisselt, dass man genau am 31. Dezember 2015 einen Strich macht, und dass die Regierung ins Gefängnis muss, wenn dann noch drei Mitarbeitende mehr da sind als berechnet. Derart sture Forderungen stellen wir nicht. Verlangt wird nichts anderes, als Massnahmen zu planen; das heisst, Gesetzesänderungen vorzubereiten und diese rechtzeitig vorzulegen, damit daraus ein Stellenabbau resultiert. Folgendes Beispiel, das ich nicht glaube, wurde mir erzählt: Als Sparmassnahme sollen Strassenränder nur noch 50 Zentimeter breit gemäht werden. Wenn man fragt, wie viele Leute weniger beschäftigt werden, heisst es: keine. Also ist das keine Sparmassnahme. Wir wollen das eigentlich als Rückstützung für die Regierung in Auftrag geben.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Wenn man die Forderung der Motion genau betrachtet – und das haben wir getan –, dann fordert sie eben massive Entlassungen. Man müsste sogar von Massenentlassungen sprechen. Herr Siegenthaler sagte vorhin zwar, es gehe nicht um Entlassungen, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann nicht 5 Prozent des kantonalen Personals innerhalb von gut zweieinhalb Jahren ohne Entlassungen abbauen. Die Regierung sagt klar, dass etwa 2600 Vollzeitstellen, rund 3000 Personen, betroffen sind. Die Motionäre fordern de facto eine Massenentlassung. Von den finanziellen und personalrechtlichen Folgen ganz zu schweigen. Der Regierungsrat zeigt das sehr genau auf. Kolleginnen und Kollegen, was die Motion fordert, ist ein personalpolitischer Kahlschlag. Das Wort «sparen» lässt sich nicht steigern. Wenn man es mit der Motion Knutti und Fuchs, vom Rat nur als Postulat überwiesen, vergleicht, welche 3 bis 5 Prozent des Personals abbauen will, geht diese Motion massiv weiter. Sie fordert nämlich «mindestens 5 Prozent». Die SVP wird also von einer Allianz aus SVP, BDP und FDP noch rechts überholt.
Wir alle wissen, dass eine Angebots- und Strukturüberprüfung läuft und massivste – ich wiederhole mich bewusst – Sparpakete anstehen. Uns erschreckt deshalb, dass hier, ohne die Resultate dieser Prüfung abzuwarten, der Sparvorschlaghammer hervorgeholt und eine Massenentlassung in den Raum gestellt wird. Angebots- und Strukturüberprüfung – ich sage das bewusst – heisst eben gerade, dass man prüft, welche Angebote und welche Strukturen man will. Hier geht es aber nur darum, Personal zu reduzieren. Ich sagte bereits, «sparen» könne man sprachlich nicht steigern. Was wir aber hier vor uns haben, ist eine Sparwut, ein Sparwahnsinn. Es ist nicht nur der Rasenmäher, sondern der Vorschlaghammer. Die Motionäre machen konkrete Vorschläge, wie man es machen könne, die nur als Anregungen gedacht sein sollen. Die Leistungsaufträge an Dritte und an die Universität sollen reduziert werden. Soll denn, Kolleginnen und Kollegen, die Weltraumforschung, deren Bedeutung für die Universität Bern in dieser Session dargelegt wurde, gestrichen werden? Oder soll beim Leistungsauftrag an die Mütter- und Väterberatung, welche im Kanton Bern von 70 Prozent der jungen Eltern genutzt wird, gespart werden? Fragen Sie einmal in Ihren Regionen die jungen Eltern, welche Angebote mit einem Leistungsauftrag vom Kanton nutzen, ob mit Drittaufträgen an Organisation, die eingespart werden sollen, diese Angebote gemeint seien. Häufig wird gesagt, man wolle eben nicht bei den Polizistinnen und Polizisten an der Front sparen. Vorhin habe ich gehört, man wolle nicht bei den Lehrern sparen. Sparen solle man jedoch bei der Verwaltung. In der Zeitung war von «Bildungsverwaltung» zu lesen. Ich erkundigte mich, was denn «Bildungsverwaltung» heisse, die 220 Mitarbeitenden, von denen man fand, es seien zu viele: Es sind 130 Vollzeiteinheiten, die in den Regionen arbeiten, in der Erziehungsberatung, in Ittigen, Köniz, Thun, Spiez, Interlaken, Langnau, Burgdorf, Langenthal, Biel, Saint-Imier, Tavannes und Moutier. Das sind die Leute, die unter dem Begriff «Bildungsverwaltung» reale Arbeit machen. Dasselbe gilt für die Berufsschule. Es handelt sich nicht um Leute, die irgendwo in der Zentralverwaltung Däumchen drehen, sondern um Hauswarte, um Reinigungspersonal, um Lehrerinnen und Lehrer in den Berufsfachschulen, um Erziehungsberatung, Berufsberatung, dezentrale Verwaltungseinheiten, die wichtig sind. In Tramelan zum Beispiel arbeiten Leute in diesem Bereich. Sie prüfen die Lehrverträge, die in diesem Kanton für das Gewerbe, für die Wirtschaft existenziell sind.
Für die grüne Fraktion ist klar, dass diese Motion deutlich abgelehnt werden muss. Sie ist ohne Strategie, denn diese läuft parallel. Man kann diesen Prozess nicht einfach umkehren. Wir lehnen den Sparvorschlaghammer deutlich ab. Wer dieser Motion zustimmt, braucht die ASP gar nicht mehr abzuwarten, denn mit der Motion wird bereits entscheiden, wie viele Entlassungen

vorgenommen werden sollen. Aus unserer Sicht ist das unverantwortlich und brandgefährlich, und der soziale Friede in diesem Kanton wird massiv unter Druck gesetzt. Ziffer 1 lehnen wir, wie gesagt ab. Wir hoffen dass es im Rat auf bürgerlicher Seite noch einige vernünftige Leute gibt, die das ebenfalls tun. Bei Ziffer 2 schliessen wir uns der Regierung an.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Leistungsabbau und Aufgabenabbau sind Themen, die uns in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen werden. Die EVP kann der Ziffer 2, um es vorwegzunehmen, mehr oder weniger zustimmen, sei es als Motion oder als Postulat, denn dies ist, wie es auch die Regierung sagt, bereits erfüllt. Zu Ziffer 1: Bereits in den früheren Voten zur Finanzdebatte wurde gesagt, dass wir lernen müssen zu verzichten. Verzichten lernen können wir nur miteinander. Die Motionäre haben erfasst, was auf uns zukommen wird: Ein Leistungs- und Aufgabenabbau bedeutet Verzicht auf Dinge, die wir bis anhin hatten. Dies in einem Ausmass, das uns wehtun wird. Deshalb haben wir das Instrument der Ausgaben- und Strukturüberprüfung, das am Laufen ist. Dort geht es darum, konkret zu untersuchen, wo unser Kanton zu viel anbietet, worauf man tatsächlich verzichten kann und worauf man nicht verzichten kann. Es handelt sich um politische Entscheide, die wir anschliessend fällen müssen. Wir können sie nicht an den Regierungsrat delegieren. Wir müssen sagen, worauf wir konkret verzichten können und müssen. Und zwar nicht linear, wie es in der Motion mit den 5 Prozent eben doch gefordert wird. Vielmehr müssen wir punktuell genau hinschauen, wo die Dinge sind, auf die wir verzichten können. Das ist der Weg, den die EVP beschreiten will. Sie will die ASP bewusst mitverfolgen, in der gemeinsamen Diskussion, damit wir ein Resultat erzielen. Wir können das nicht mit der Forderung machen, generell einen Stellenabbau von 5 Prozent vorzunehmen, sondern müssen ganz konkret miteinander beschliessen, welche Aufgaben wir nicht mehr wollen. Sonst geht das Theater los, so, wie es letzten Herbst losging. Auf diese Wiese erreichen wir nichts. Fazit: Die EVP ist für eine konkrete Prüfung. Deshalb unterstützt sie Ziffer 1 der Motion nur als Postulat. Wir empfehlen den Motionären, Ziffer 1 in ein Postulat zu wandeln, damit wir diesen Weg gemeinsam beschreiten können.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Der Titel «Sparen durch Leistungs- und Aufgabenabbau» klingt verführerisch und sehr wahrscheinlich auch richtig. Mit der ASP droht uns das. Das schleckt keine Kuh weg, das wissen wir alle. Die glp-CVP-Fraktion verschliesst die Augen nicht davor. Wir haben in nächster Zeit desolate Kantonsfinanzen: 400 Mio. Franken strukturelles Defizit. Wir möchten eine schlanke, schlagkräftige Verwaltung. Da sind wir noch bei den Motionären. Die Frage ist allerdings: Wie? Und da gehen die Meinungen effektiv auseinander. Das haben bereits meine Vorredner gesagt. Die glp-CVP-Fraktion steht voll hinter der Angebots- und Strukturüberprüfung. Das ist wichtig und richtig, wir müssen es jetzt machen. Die Forderung der Motionäre möchte ich zwar nicht mit den Worten von Natalie Imboden beschreiben, die von einem Kahlschlag sprach. Es ist jedoch eine relativ undifferenzierte Reduktion des gesamten Staatspersonals inklusive Lehrer und so weiter.
Wenn wir die Antwort der Regierung bezüglich der Spitäler betrachten, möchte ich sehen, was geschieht, wenn plötzlich öffentlich subventionierte Spitäler geschlossen werden müssen, weil die Motionäre eine derart unüberlegte Personalpolitik fordern. Ich möchte sehen, ob Sie damit einverstanden sind, die Finanzinspektoren wieder abzuschaffen, weil die zunächst einmal Kosten verursachen. Wir werden nicht darum herumkommen, beim Personal zu sparen. Es wäre jedoch ehrlicher, wenn Sie nun sagen würden, bei welchen Leistungen Sie reduzieren wollen. Die Regierung könnte dann entsprechend reagieren. Es ist einfach, sich hinter der Personalpolitik zu verstecken und der Bevölkerung die Auswirkungen vorzuenthalten. Die Regierung muss anschliessend die Suppe auslöffeln. Ziffer 1 ist aus Sicht der glp-CVP-Fraktion nicht zielführend. Wir wollen abwarten, was die ASP ergibt. Möglicherweise gibt es Bereiche, in denen um 10 Prozent zurückgefahren werden kann, wenn wir im interkantonalen Vergleich schlecht dastehen. Dort müssen wir ansetzen. Dort helfe ich auch mit. Generell 5 Prozent sind hingegen eine willkürliche Zahl, die wir nicht mittragen helfen. Wir müssen das nachher gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen. Ziffer 1 lehnen wir deshalb ab. Ziffer 2 ist teilweise schon aufgegleist. Seit September gilt mit Ausnahme der Polizei ein Personalstopp, der aus unserer Sicht richtig ist. Wir möchten ihn jedoch nicht so stur handhaben, wie in Ziffer 2 dargestellt. Wir würden Ziffer 2 unterstützen, wenn sie in ein Postulat gewandelt würde.

Roberto Bernasconi, Malleray (SP). Vous n'allez pas être étonnés, mes préopinants l'ont déjà dit,

que le groupe socialiste va refuser le premier point de cette motion. Comment peut-on, après toutes ces années de restructuration, où les mesures d'économie ont déjà de tout temps été mises en pratique, demander une réduction linéaire? En effet, même si les motionnaires ont dit que ce n'était pas le cas, il s'agit quand même d'une réduction linéaire du personnel. Nous devons faire confiance à la planification EOS qui sera faite pour 2014 et aller de l'avant. Comment peut-on supprimer, sans forme de procès, plusieurs milliers de postes, dont plusieurs centaines dans l'enseignement aussi, alors que nous savons aujourd'hui qu'il y aura pénurie dans ce domaine et que le personnel de l'Etat, vous le savez, va manifester le 16 mars pour montrer son mécontentement actuel? Il en va de même avec le personnel de la police et des hôpitaux, alors que eux aussi sont parfois en sous-effectifs et que la majorité du parlement serait plutôt favorable à une augmentation des effectifs dans le domaine de la police. Avec les décisions que nous avons prises au niveau des rentrées fiscales, il est difficile d'aller de l'avant sans faire de déficit budgétaire et vouloir faire des économies de personnel. Le groupe socialiste vous demande de refuser le point 1 de la motion et serait prêt, au vu de la situation financière du canton, d'adopter le point 2 sous la forme d'un postulat, comme vous le propose le gouvernement.

Mathias Tromp, Bern (BDP). Punkt eins: Die Bevölkerungszahl im Kanton Bern stieg von 2004 bis heute von 950 000 auf 985 000; das ist also eine Zunahme von etwa 3 Prozent. Im selben Zeitraum nahmen die Vollzeitstellen von 14 331 auf 17 389 zu. Das sind mehr als 20 Prozent. Werte Frauen und Männer, die Schere zwischen Bevölkerungszahl und staatlich besoldeten Personen nimmt ständig zu, und es stellt sich die Frage, ob es noch lange so weitergehen soll. Punkt zwei: Die BDP ist eigentlich der Auffassung, dass bei der ASP zuerst über die Leistungsbereitschaft und über Leistungsausbau / Leistungsabbau diskutiert werden muss, danach über die Struktur und erst anschliessend über die Stellen. Darin sind wir uns einig. Dennoch sind wir der Meinung, dass in der Diskussion über die ASP gewisse Rahmenbedingungen gesetzt und gewisse Zahlen vorgegeben werden müssen. Wieso? – Damit komme ich zu Punkt drei, zum strukturellen Defizit: Wie Sie gehört haben, liegt das strukturelle Defizit des Kantons Bern bei 300 bis 400 Mio. Franken, vielleicht sogar bei 600 Mio. Franken. Rechnen wir jedoch mit 300 bis 400 Mio. Franken. Die gesamten Besoldungsausgaben belaufen sich auf 3,2 Mrd. Franken. 5 Prozent davon sind 160 Mio. Franken. Sie brauchen nicht zu meinen, man könne die ganze ASP nur bei Sachausgaben streichen. Sachausgaben sind das eine, Personalausgaben das andere. 5 Prozent Reduktion bei den Personalausgaben, weil wir weniger Köpfe haben, nicht weil wir weniger Lohnzahlen wollen – das möchte ich ausdrücklich betonen –, ergeben eine Verbesserung von lediglich 160 Mio. Franken. Diesbezüglich darf man nicht von Massenentlassung sprechen, Frau Imboden. Die Fluktuation im Kanton Bern liegt innerhalb von zwei Jahren ganz bestimmt bei mehr als 5 Prozent. Es ist also keine Massenentlassung, sondern ein Verzicht auf die Wiederbesetzung von Stellen bei Fluktuationen. In dem Sinn wäre es unsympathisch, wenn ein Parlament über einen Stellenplan eingreifen müsste. Auf der anderen Seite muss man in einer Notsituation auch diese Frage diskutieren. Das machen wir bei der nächsten Motion. Punkt vier: Die BDP ist sich nicht einig, wie sie Ziffer 1 unterstützen will. Ein wesentlicher Teil wird die Motion unterstützen, ein anderer Teil würde ein Postulat unterstützen. Ich gehe davon aus, dass die Diskussion den einen oder andern noch überzeugen kann, die Motion zu unterstützen. Bei Ziffer 2 unterstützt die BDP-Fraktion mit einer Ausnahme die Motion. Wir sind der Meinung, die Regierung habe ein Moratorium für 2013 bereits von sich aus beschlossen. Das aufzugeben, wäre das Schlimmste.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Wir müssen der ASP wirklich in die Augen blicken, ich habe es heute schon in einem anderen Zusammenhang gesagt in diesem Saal. Ich will nicht alles wiederholen, auch nicht alles, was die Vorredner gesagt haben. Die EDU ist für niedrigere Standards und einfachere Abläufe. Aufgaben müssen hinterfragt werden. Wir kommen nicht um eine schlankere Verwaltung und weniger Personal herum. Das schafft Spielraum für die Lohnerhöhungen, die unbestritten nötig sind. Ein Stellenmoratorium ist dringend notwendig. Der Abbau kann über die Fluktuation erfolgen. Wir wollen jedoch nicht nur an der Front sparen, sondern ausdrücklich auch in der Verwaltung. Ich verweise darauf, dass Förster entlassen wurden, während in der Forstverwaltung nichts geschah. Ebenso wurden Schulen geschlossen, die Administration und die Schulleitungen wurden in den letzten Jahren jedoch hochgefahren. Das kann ich für meine Wohngemeinde bestätigen. Deshalb wird die EDU in beiden Ziffern der Motion zustimmen.

Manfred Bühler, Cortébert (SVP). Wie wir wissen, steht der Kanton Bern in den kommenden

Jahren vor sehr grossen Herausforderungen. Deshalb können und dürfen wir nicht untätig bleiben. Das haben wohl alle Instanzen in unserem Kanton eingesehen. Mit der Aufgleisung der ASP wurde das nun ganz konkret angepackt. In der Antwort der Regierung vermisse ich gewisse Punkte. Wenn ich die Antwort lese, habe ich den Eindruck, dass das Sprichwort «Wer etwas machen will, findet einen Weg. Wer nichts machen will, findet eine Ausrede.» zutrifft. Es wird an zahlreichen Stellen in der Antwort gesagt, weshalb man das Ziel, das in Ziffer 1 der Motion beschrieben ist, nicht erreichen könne. Ich hätte erwartet, dass man dort allenfalls Lösungen präsentieren würde. Der Regierungsrat hat in der Öffentlichkeit schon mehrmals betont, dass der Kanton ein grosses strukturelles Defizit aufweist. Im Verhältnis zu den Einnahmen geben wir viel mehr aus, als wir können oder sollten. Die Personalkosten sind nun einmal ein grosser Posten bei den Kantonsausgaben. In dem Sinn ist es klar, dass man auch dort gewisse Einsparungen vornehmen muss. Das stetige Wachstum der Angestelltenzahl ist besorgniserregend. Auch wenn manche Faktoren zum Beispiel vom Transfer der Gemeindepolizei herrühren, darf man diese Entwicklung nicht weiterlaufen lassen. Man muss sich im Kanton Bern wieder auf das Wesentliche konzentrieren; das wird Aufgabenverzicht und auch Personalabbau zur Folge haben. Sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, bedeutet, ASP konsequent durchzuführen. Es ist auch klar, dass man ein gewisses Ziel haben muss. Bei den 5 Prozent geht es nicht um einen linearen Abbau, sondern um ein globales Ziel von 5 Prozent. Damit kann man dort, wo mehr Aufgabenverzicht erreicht wird, eventuell etwas mehr abbauen und dort, wo es schwieriger ist, weil manche Aufgaben wirklich wesentlich sind, etwas weniger abbauen. Mit der Annahme dieser Motion hätte der Regierungsrat genügend Flexibilität, um dem Grossen Rat entsprechende Vorschläge zu präsentieren, wenn unser Gremium gewisse Entscheide fällen soll. Es ist aber ein klares Ziel, das wir im Rahmen der ASP erreichen möchten. Es ist auch eine relativ lange Frist: immerhin fast drei Jahre. Mit den natürlichen Personalfluktuationen ist dieses Ziel einigermassen korrekt und ohne Massenentlassungen erreichbar. Aus all diesen Gründen wird sich die SVP für die Annahme beider Ziffern als Motion einsetzen und empfiehlt Ihnen, das auch zu machen.

Präsidentin. Damit sind wir am Schluss der Fraktionssprechenden, wir kommen zu den Einzelsprechenden.

Peter Bernasconi, Worb (SP). Ich versuche Sie davon zu überzeugen, dass dieser Ansatz der Motion absolut falsch ist. Wollte man all das machen, was nun verschiedene Votanten erwähnten, müssten die Motionäre zunächst einmal definieren, welche Leistungen sie nicht mehr wollen. In der Motion findet sich eine unverbindliche Liste. Kollege Feller hat ebenfalls gesagt, sie sei unverbindlich, die Regierung müsse sich darum kümmern, wo sie sparen wolle. Genau darum geht es, Kolleginnen und Kollegen: Anstatt Verantwortung zu übernehmen und klar festzuhalten, welche Aufgaben man nicht mehr will, zäumt man das Ganze von hinten auf und fordert einfach einen Personalabbau, den die Regierung eben mit entsprechenden Leistungseinbussen umsetzen soll. Nun komme ich noch zu einem Vorwurf, den Harry Feller an die Linke richtete: Er sagte, die Linke wolle einem Personalabbau einfach nicht zustimmen. Darum geht es gar nicht. Vielmehr geht es schlichtweg darum, dass von bürgerlicher Seite nirgends gesagt wird, wie es gemacht werden müsse. Sowohl Harry Feller als auch Mathias Tromp sagten vorhin, der Stellenbestand habe zugenommen: Fast alle diese Stellenzunahmen fanden aufgrund von Grossratsbeschlüssen statt, beispielsweise durch die Kantonalisierung aller Polizisten im Kanton Bern. Sie wurden von der Stadt weg in den Kanton überführt. Damit ist ganz klar, dass sie anschliessend im Stellenplan des Kantons auftauchen. Sehr viele Schulen wurden kantonalisiert. Vor Kurzem ging es um die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, welche der Regierungsrat nicht kantonalisieren wollte. Das Parlament entschied, sie dennoch zu kantonalisieren. Auch damit kamen zahlreiche Stellen dazu. Ich bin davon überzeugt, dass nicht die alten, traditionellen Kantonsaufgaben mehr Stellen aufweisen, sondern diejenigen Aufgaben, bei denen der Grosse Rat die Kantonalisierung beschlossen hat.
Ich will Ihnen aufzeigen, was passiert, wenn Sie diesen Vorstoss überweisen. Der Personalabbau wird vollzogen, danach folgt der Leistungsabbau. Im November war beispielsweise beschlossen worden, beim Strassenunterhalt ein wenig zu sparen. Nun rebellieren die Oberländer bereits, weil die Schneeräumung eingeschränkt wird. Und so wird es bei jeder Aufgabe sein. Sie wollen abbauen, dennoch wollen Sie dieselbe Leistung. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist nicht möglich. Wenn Sie etwas tun wollen, müssen Sie es umgekehrt machen: Sie müssen zum Beispiel festlegen, dass Sie grössere Klassen und einen bestimmten Klassenbestand wollen. In dem Fall müssen Sie

in Kauf nehmen, dass kleinere Klassen und Schulen anschliessend geschlossen werden. Ich möchte sehen, was die Landbevölkerung, die Sie zu einem grossen Teil vertreten, dazu sagen wird. Wird die Motion überwiesen, besteht die Gefahr, dass dem Regierungsrat der Schwarze Peter zugespielt wird und er den Abbau vollziehen soll, dass Sie aber bei jeder Aufgabe, die er abbauen will, sagen, genau das hätten Sie nicht gemeint. Vielmehr hätten Sie gemeint, man könne irgendwo abbauen, wo es nicht so augenfällig ist, im versteckten Stübchen einer Verwaltung. Das wird leider nicht möglich sein. Wenn Sie ehrlich politisieren wollen, müssen Sie umgekehrt vorgehen, Sie müssen sagen, welche Aufgaben Sie kürzen und wo Sie einen Leistungsabbau für alle in Kauf nehmen wollen. Das würde ich eigentlich von Ihnen erwarten. – Die Redezeit ist leider abgelaufen, ich hätte noch etwa mehr dazu sagen wollen. Würden Sie eine andere Motion in dem Sinn einreichen, würden Sie Mut beweisen, und man könnte darüber diskutieren. Aber auf die vorliegende Art und Weise geht das nicht. Ich bitte den Rat, die Motion abzulehnen. Ziffer 2 kann man, wie es die Regierung beantragt, als Postulat überweisen.

Matthias Burkhalter, Rümligen (SP). Lieber Mathias Kohler, lieber Hans Rudolf Feller, lieber Fritz Ruchti, lieber Heinz Siegenthaler: Ich hoffe, dass ich euch jetzt nicht beleidige. Vorhin wurde ich wohl etwas heftig, nicht wahr, Donat Schneider. Das tut mir fast ein wenig leid. Ich versuche nun, etwas sachlicher zu bleiben. Ich glaube, dieser Vorstoss ist gar nicht so schlimm, wie es zunächst aussah. Er kommt aus der Kiste der Trudi-Gerster-Vorstösse. *(Heiterkeit)* Ich könnte auch einen Vorstoss machen mit dem Titel «Der Kanton Bern hat bis 2016 ein Vermögen von 2 Mrd. Franken zu äufnen» oder «Der Kanton Bern hat bis 2017 der grösste Kanton der Schweiz zu werden». Man kann also Vorstösse einreichen, von denen man jetzt schon weiss, dass ihre Umsetzung nicht möglich sein wird. Deshalb nehme ich diesen Vorstoss nicht allzu tragisch. Er ist gut gemeint, sorgfältig formuliert, hat fatale Auswirkungen, aber das macht wohl nichts. Ich möchte die vier Herren, die den Vorstoss eingereicht haben – bezeichnenderweise alles Herren –, auffordern, auch bei der Parlamentsrechtsreform nicht dafür zu sorgen, dass wir zehn zusätzliche Stellen schaffen. Ich möchte die Herren auch auffordern, den Grossen Rat von 160 auf 152 Mitglieder zu reduzieren. Damit würden auch da 5 Prozent wegfallen. Diese 5 Prozent würden mir vermutlich nicht fehlen. Hans Rudolf Feller: Du hast gesagt, man solle dann dasselbe Geld auf weniger Angestellte verteilen. Das nehme ich gerne entgegen. Du musst es jedoch unterschreiben und notariell beglaubigen lassen, vielleicht bei Adrian Kneubühler, solange er noch Notar ist. Bestätige, dass du das versprochen hast und auch halten wirst. Bei der Beratung des Lehreranstellungsgesetzes tönte es nämlich anders. Dort wollte man gar rein nichts geben.
Ihr müsst euch einmal bewegen und den Tatbeweis antreten, bevor ihr solche Forderungen stellt. Ich gebe euch zu bedenken, dass an der Universität Bern mittlerweile ein Drittel der Mittel drittfinanziert werden. Wenn Haag-Streit der Uni 2 Mio. Franken für ein Forschungsprojekt gibt, jedoch keine Stellen geschaffen werden können, wird man diese 2 Mio. Franken zurückgeben müssen. Es ist nicht so einfach, wie es in manchem Hirn manchmal klingt. Die Umsetzung dieses Vorstosses ist schwierig. Ich weiss, ihr seid alles gute Kollegen, ihr habt euch das überlegt, aber vielleicht etwas zu wenig. Vielleicht besteht eine Lösung auch darin, dass man die Psychiatrieprivatisierung vorzieht, Mathias Tromp. Das sind 2200 Stellen. Was passiert dann? Man schafft AG, und der Kanton hat auf einen Schlag 2000 Stellen weniger. Das sind 10 Prozent. Damit sinkt der Stellenbestand, und der Kanton Bern kommt in allen schweizerischen Statistiken gut weg. 10 Prozent Stellen hat er abgebaut! Dabei wurde kein Rappen gespart! Diese Ausgaben erscheinen anschliessend unter Sachaufwand. Das wissen wir doch, Mathias Tromp. Entlässt man beim Strassenunterhalt zehn Strassenmeister und vergibt den Auftrag extern, erscheint auch das unter Sachaufwand und nicht mehr unter Personalkosten. Das kennen wir alles. Wenn ein Fachangestellter in der ERZ eine Studie nicht mehr macht, wird sie extern vergeben, damit haben wir Beratungsaufträge, die unter Sachaufwand laufen und nicht mehr unter Personalaufwand. Wie gesagt, der Vorstoss ist nicht weiter schlimm, da er nicht umsetzbar ist. Ich könnte damit leben, wenn man hier vorn garantieren würde, dass es erstens keine Entlassungen gibt und dass zweitens der Grosse Rat nachher keine einzige Massnahme, die der Regierungsrat vorschlägt, bekämpft. Wenn der Regierungsrat vorschlägt, hier 6 und dort 7 Prozent zu kürzen, sollen die Oberländer, die Oberaargauer, die Emmentaler oder sogar die Stadtberner nicht daherkommen und sagen: «Das ganz sicher nicht.» Dann müsst ihr Lei halten, ihr Jammerer.

Roland Näf-Piera, Muri (SP). Die Grossratsmitglieder, welche diese Motion unterschrieben haben und noch in der Finanzkommission sind, habe ich dort eigentlich als seriös erlebt. Aber, liebe

Kolleginnen und Kollegen, das hier ist einfach nicht seriös. Ich habe die Formulierungen wirklich genau gelesen. Sie sprechen von einem gesamten Personalbestand. Sie sprechen vom so genannten subventionierten Bereich; den gibt es als Begriff natürlich nicht. In der ASP wird von Beiträgen gesprochen. Nun ist es effektiv so, dass ein grosser Teil des Personalaufwands über die Beiträge der Transferzahlungen läuft. Dort kann der Regierungsrat in Bezug auf das Personal nichts bestimmen. Er kann in jenem Bereich auch niemanden entlassen. Der einzige wirklich grosse Bereich im Kanton Bern, den der Regierungsrat direkt über die Stellen beeinflussen kann, ist im Grunde genommen die Bildung. Dazu gibt es in der Studie von Professor Müller eine sehr gute Grafik zur ASP, die ich Einzelnen noch zeigen kann. Darin zeigt er Folgendes klar auf: Wenn Sie heute vom Regierungsrat verlangen, bis ins Jahr 2015 jede zwanzigste Stelle aufzuheben, bedeutet dies, dass jede zehnte Lehrperson im Kanton Bern verschwinden muss, wenn man die Stellen in Betracht zieht, über die der Regierungsrat effektiv bestimmen kann. Ich habe es ausgerechnet. Ich kann Ihnen anhand der Zahlen genau zeigen, weshalb das so ist. Was Sie hier machen, liebe Kollegen, ist nicht seriös. Sie machen damit einen Radikalabbau in der Bildung. Ich weiss nicht, wie sich der Regierungsrat später herausreden will, wenn er es nicht umsetzt. Er kann es gar nicht umsetzen. Sie können auf dem Land nicht einfach jede zehnte Lehrperson entlassen. Sonst müssen Sie sämtliche kleinen Schulen schliessen. Es tut mir leid, aber da haben Sie sich wirklich zu wenig überlegt. Ich bitte Sie, werden Sie wieder seriös, kommen Sie nach vorn und wandeln Sie die Motion in ein Postulat, auch wenn Matthias Burkhalter die Motion nicht ernst nimmt. Damit machen Sie etwas Sinnvolles, und man kann wieder auf einer vernünftigen Grundlage diskutieren. Aber so nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Andreas Blaser, Steffisburg (SP). Ich darf hier gleich noch etwas weiterfahren. Die Motion täuscht vor, sie sei offen und gebe generelle Richtlinien vor. In dem Fall ist sie, Entschuldigung, einfach falsch formuliert. In Ziffer 1 steht «inklusive der subventionierten Bereiche»: Da sprechen wir von Spitälern mit 11 500 Stellen und vom Bereich Fürsorge, Heime etc. mit rund 12 900 Stellen. Es sind diejenigen Bereiche, die in Zukunft angesichts der demografischen Entwicklung zunehmen werden, ob wir das wollen oder nicht. Und mit Verlaub: Ein Abbau bei der Lehrerschaft wäre ein Angriff auf die Bildung, und zwar vom Kindergarten über die Volksschule bis zu den Mittelschulen, der Berufsbildung und den Universitäten: 250 Klassen, wenn man – bei gleich bleibendem Schülerrückgang – die durchschnittliche Klassengrösse erhöht. Wenn ich die Landkarte ausserhalb der Zentren betrachte, wage ich zu behaupten, dass von diesen 250 Klassen 150 im Oberland Ost, im Kandertal, im Engstligental, im Simmental und im Emmental verschwinden werden. Das bedeutet: Schulen schliessen. 100 Klassen bei der Mittelschule, Sek II. Meine Damen und Herren, die Berufsbildung ist eidgenössisch geregelt. In der Grundbildung werden Sie keine Klasse wegbringen. Das heisst, wir werden im Bereich Brückenangebote, Mittelschulen oder im Berufsbildungsbereich bei Freikursen und Stützkursen abbauen. Und das wird wesentlich sein. Schon allein an diesem Beispiel ist ersichtlich, dass die Landvertreter niemals einer Motion zustimmen werden. Sonst ist sie einfach nicht ernst gemeint. Es tut mir leid. Es wird klar von «mindestens 5 Prozent» gesprochen. Das ist sogar festgelegt. Wenn man nun so tut, als ob das ein Richtwert sei und an einem Ort etwas mehr und an einem andern etwas weniger abgebaut werde, haben Sie sich wirklich zu wenig überlegt. Als Postulat würde der Vorstoss in die ASP passen, aber so ist er nicht kompatibel.

Peter Eberhart, Erlenbach i.S. (BDP). Mit der ASP müssen wir 400 Mio. Franken einsparen. Wenn wir annehmen, dass wir 2000 Personen einsparen, ergibt sich in der Buchhaltung ein Ertrag von etwa 200 Mio. Franken. Dann bleiben immer noch 200 Mio. Franken, die wir von irgendwoher nehmen müssen. Wir können die 400 Mio. Franken nicht erreichen, indem wir denselben Personalbestand behalten. Es wird beim Personal so oder so eine Reduktion von plus/minus diesem Ausmass geben. Es wird auch immer wieder gesagt, wir sollten die Aufgaben reduzieren. Vor etwa drei Jahren, Sie erinnern sich sicher, schlug ich Ihnen anlässlich einer Budgetdebatte einmal vor, im kantonalen Labor eine Million zu kürzen. Ich nannte die Aufgaben, die hätten reduziert werden können. Und Sie schrien damals Zeter und Mordio. Zuletzt fanden Sie heraus, dass 75 Prozent dessen, das hätte eingespart werden können, Luft im Budget war. Personal wurde keines entlassen. Als wir das machten, sagten Sie, das gehe so nicht. Man dürfe nicht derart operativ eingreifen. Wir dürfen also beim Personal nicht operativ eingreifen. Dann zeigten wir etwas auf, was wir nicht mehr wollen: Dort dürfen wir ebenfalls nicht operativ eingreifen. Heimatland, liebe Linke, dann sagt uns doch, wo wir als Parlament überhaupt eingreifen dürfen! Irgendwo müssen wir

den Hebel ansetzen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstütze ich diesen Vorstoss.

Irène Marti Anliker, Bern (SP). Es wurde nun sehr viel über die Folgen gesprochen, welche diese Motion auslösen wird. Darauf möchte ich nicht noch einmal eingehen. Es wurde gesagt, wir müssten Leistungen kürzen, das sei zwar schmerzhaft, aber nötig. Sie vergessen jedoch zu sagen, dass wir es uns durch die unsägliche Steuerpolitik selbst eingebrockt haben, nun diese Leistungskürzungen vornehmen zu müssen. Das ist das eine. Sie sollten auch klar darlegen, welche Leistungen Sie abbauen wollen. Die Schneeräumung wurde erwähnt: Das war offenbar keine gute Idee. Gerade das geht nicht. Und so wird es weitergehen: ausgerechnet das gerade nicht.
Ich möchte aber auf Folgendes eingehen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn ich meinen Mitarbeitenden und auch denen im Gesundheitswesen jeweils sage, was der Grosse Rat eigentlich über sie denkt, glauben sie es mir nicht. Aber heute liefern Sie wieder den Tatbeweis. Sie sagen: «Stellen muss man nicht ersetzen.» Das heisst also, dass diejenigen, die künden oder pensioniert werden, faule Eier sind und ohnehin nicht benötigt werden. Das sagen Sie ihnen. Offenbar sitzen die Krankenschwestern in den Spitälern, bei der Spitex und in den Pflegeheimen nur herum. Einen Teil von ihnen kann man einfach entlassen, die braucht es gar nicht. Die Leistungen wollen Sie aber im selben Mass: Sie wollen auf einer Notfallstation nicht einen Tag warten, Sie wollen vernünftig behandelt werden, Sie wollen, dass Ihre Eltern im Pflegeheim anständig betreut und gepflegt werden. Dazu braucht es Personal. Man kann nicht einfach daherkommen und sagen, einen Teil davon brauche es gar nicht. Und was machen die Leute in der Administration: IT sicherstellen, die Auskunft sicherstellen, Daten sicherstellen. Sie sitzen ebenfalls nicht einfach in ihren Büros herum und tun nichts. Sowohl im Gesundheits- als auch im Bildungswesen sind wir auch auf diese Mitarbeitenden sehr angewiesen. Ich kann Ihnen sagen: Dort, wo ich Einblick habe, werden Überstunden geschoben. Teilweise werden uns die Leute krank, weil sie dermassen viel arbeiten müssen. Und dann kommt die Botschaft: Stellenstopp, immer weniger Leute, die aber genau dieselbe Leistung abliefern müssen. Das ist ein Problem, Kolleginnen und Kollegen. Man kann finanzpolitisch unterschiedliche Haltungen einnehmen, das ist völlig klar. Was Sie jedoch machen, wäre in der Beiz verboten: bestellen und nicht bezahlen – Zechprellerei heisst das.

Patric Bhend, Steffisburg (SP). Ich habe für die Motionäre, die hinter dem Vorstoss stehen, durchaus Sympathien. Ich kenne sie auch in einem anderen Zusammenhang, und sie bringen oft auch kluge Ideen ein. Ich komme als Präsident der Oberländischen Krankenheime nach vorn. Wir beschäftigen rund 500 Personen und sind wahrscheinlich einer der grössten Arbeitgeber im Berner Oberland. Wir bilden 50 bis 60 Lehrlinge aus. Ich habe mir nun überlegt, wie diese Forderung bei uns konkret umgesetzt werden könnte. Wir sind ein klassisch subventionierter Bereich, aber nur teilsubventioniert. Würde nur derjenige Teil, der vom Kanton kommt, angerechnet, wenn wir Stellen abbauen müssten? Ich erkläre Ihnen jetzt, wie wir funktionieren. Ich hoffe, dass die Kolleginnen – übrigens aus bürgerlichen Parteien –, die mit mir im Vorstand sitzen, ebenfalls zuhören. Wir erhalten heute Fallpauschalen, und wir sind nicht gewinnorientiert. Wir versuchen, mit dem Geld, das wir erhalten, für die Leute, die uns anvertraut sind, eine optimale, möglichst hohe Lebensqualität zu erreichen. Das machen wir mit bestem Wissen und Gewissen. Wollen Sie nun, dass wir einfach 5 Prozent unserer Stellen reduzieren? Auch bei den Lehrlingen? Wie sollen wir das umsetzen? Das widerspricht doch jeder Regel, die man bei der Steuerung anwendet.
Der Ansatz der ASP ist viel sinnvoller. Geben Sie uns doch die Zeit dafür. Mir ist auch klar, dass man das Sparziel von 400 Mio. Franken ohne Personalabbau niemals erreicht. Das leuchtet wahrscheinlich jedem ein, mag er noch so links denken. Lassen Sie uns aber darüber nachdenken, wie man das Problem bei uns lösen könnte. Vielleicht kann das bedeuten, dass es für die Langzeitpflege weniger Mittel gibt. In dem Fall werden wir prüfen, was wir mit den Mitteln, die bei den Kantonsfinanzen dann noch drinliegen, machen können, um für diese Personen die bestmögliche Lebensqualität zu erreichen. Wir werden es halt an einem anderen Ort einsparen, weil das Personal für die Lebensqualität ein ganz wichtiger Faktor ist. Vielleicht finden wir andere Sparmöglichkeiten. Ich bitte Sie deshalb, den Vorstoss nicht als Motion zu überweisen, denn damit würden sehr viele Fragezeichen geschaffen. Er ist nicht umsetzbar, insbesondere in den subventionierten Bereichen nicht, wie ich soeben dargelegt habe. Mit einem Postulat hätte ich kein Problem, denn man könnte es im Rahmen der ASP prüfen. Bitte seien Sie so vernünftig, die Motion zu wandeln. Legen Sie uns kein Ei, das wir nicht ausbrüten können.

Mathias Kohler, Steffisburg (BDP). Besten Dank für die Diskussion. Glauben Sie mir: Ich werde nicht jubeln, wenn die Motion überwiesen wird. Es macht keine Freude, Leute abzubauen. Manchmal ist es jedoch unumgänglich. Hier können wir es wohl ohne Entlassungen vollziehen. Roland Näf: Wir haben uns sehr viel Zeit für die Motion genommen, auch wenn es etwas eilte. Wir waren schon seit Monaten daran, etwas in diese Richtung zu machen Zum Schluss haben wir sie eben «zurechtgestiefelt», auch mit Unterstützung von linker Seite. Ich glaube, es ist ein sehr seriöser Vorstoss. Eine Korrektur zum Votum von Frau Imboden: Grossrat Knutti forderte im November einen Abbau von 3 Prozent bis Ende 2013 und von weiteren 5 Prozent bis Ende 2015. Wenn die ASP zum Schluss kommt, dass wir zu viele dezentrale Stellen haben, werden auch dezentrale Stellen betroffen sein. Das ist uns klar. Und, Matthias Burkhalter, wenn die ASP zum Schluss kommt, der Grosse Rat sei zu gross, werde ich mich nicht dagegen wehren. In der Motion – und da hat Manfred Bühler völlig recht – steht als Ziel ein Abbau von mindestens 5 Prozent. Eventuell sind es in gewissen Bereichen auch 10 Prozent, Franziska Schöni. Wenn ich sehe, wie oft hier Ziele nicht erreicht werden, habe ich vor dieser Motion keine Angst. Ich bitte Sie, unsere Motion in beiden Ziffern zu unterstützen.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Ich bin bekanntlich Mitmotionär. Ich hatte mir lange überlegt, ob ich mithelfen soll, diese Motion zu unterstützen. Ich habe mir überlegt, was denn der Kernpunkt sei. Res Blaser, sprich doch einmal mit den Lehrern. Die Lehrer klagen, sie könnten bald nicht mehr unterrichten, weil sie nur noch mit Büroarbeiten beschäftigt seien. Fragen Sie in den Spitälern: Unser Pflegepersonal jammert, die administrative Arbeit nach jedem Patientenkontakt beanspruche inzwischen fast 50 Prozent der Arbeitszeit. Es geht weiter. Ich nenne ihnen ein Beispiel. Als ich zur Schule ging, in die Sekundarschule Rapperswil, waren wir fünf Klassen: fünfte, sechste, siebte, achte und neunte Klasse. Ungefähr 100 Schüler. Wir hatten 5 Lehrer. Zusätzlich kam manchmal noch einer für den Turnunterricht, manchmal eine externe Aushilfe. Heute weist die Sekundarschule Rapperswil, nach der Zusammenlegung mit Grossaffoltern, 180 Schüler und 28 Lehrpersonen auf. Auch diese Lehrpersonen klagen über den immensen administrativen Aufwand, den sie neben dem Unterricht erfüllen müssen. Werte Anwesende, ich komme nun doch noch rasch auf die Landwirtschaft zu sprechen: Dort lief es nämlich anders. Als ich ein kleiner Junge war, hatte unser Betrieb 15 Kühe und 6 Vollzeitangestellte. Heute haben wir doppelt so viele Kühe und die doppelte Fläche, und es sind noch genau unser Junior – ich bin nicht mehr als Bauer tätig – und ein Lehrling auf dem Betrieb tätig. Wir müssen effizient arbeiten. Ich war während 30 Jahren Bauer. Die administrativen Aufgaben im Betrieb haben sich in dieser Zeit um 100 Prozent erhöht. Heute muss alles aufgeschrieben werden. Ich muss aufschreiben, wann ich ein Spritzmittel anwende, die Zeit, den Vegetationszustand – wozu? Das Brot, das ich produziere, ist Brot, die Kartoffeln, die ich produziere, sind Kartoffeln. Genau gleich wie vor 30 Jahren. Einfach mit etwas anderen Hilfsmitteln. Das wird alles mit der ganzen IP-Kontrolle bereits kontrolliert. Wir haben nichts anderes mehr als nur noch Kontrollen. Aus diesem Grund ist die Motion ein Hilfeschrei. Wir haben 4 Mrd. Franken Ausgaben. Das wollen wir plafonieren, und das können wir nur mit Annahme der Motion machen.

Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren (BDP). Die Vorschläge von Matthias Burkhalter und von Peter Bernasconi finde ich sehr gut. Matthias Burkhalter will 5 Prozent weniger Grossräte und Peter Bernasconi fordert uns auf, zu sagen, wo abgebaut werden soll. Ich bin sofort bereit zu sagen, welche 5 Prozent der Grossräte gehen müssen*. (Heiterkeit)* Doch zurück zu den Voten. So schnell, dass ich auf alles antworten könnte, kann ich gar nicht reden. Zunächst zu einer Zahl in der Regierungsantwort. Bei den subventionierten Betrieben listet die Regierung in ihrer Antwort plötzlich 20 000 Stellen auf, in den Spitälern, in der GEF. Wir sind lange genug dabei, um zu wissen, dass die Spitäler seit 2012 nicht mehr zu den subventionierten Betrieben gehören. Das steht kleingedruckt in einer Fussnote. Deshalb ist die Zahl 52 000 sowieso falsch. Es geht vielmehr etwa um 30 000 Stellen. Wir haben uns beim Personalamt vorgängig erkundigt. Man sagte uns, wir müssten in der Motion deutlich werden und sagen, was wir wollen. Deshalb haben wir es möglichst umfassend formuliert. Uns ist jedoch klar, dass man bei den subventionierten Betrieben keine Stellen abbauen kann. Dort werden eventuell über den Leistungsvertrag Sparmassnahmen aufgegleist. Franziska Schöni warf uns vor, wir würden überhaupt nicht sagen, wo. Wir haben jedoch eine Liste mit möglichen Massnahmen vorgelegt. In diesem Kanton sind die Spielregeln klar verteilt: Der Regierungsrat führt. Wenn bei einem Öltanker die Mannschaft einen Eisberg links umfahren will, schraubt die Mannschaft nicht überall herum, vielmehr sagt die Führungsequipe, wie der entsprechende Kurs gehalten wird. Wir schlagen etwas vor, damit man darüber diskutieren

kann. Ich muss Peter Bernasconi bitten, die Motion von vorn nach hinten und nicht rückwärts zu lesen. Als Klammerbemerkung: Lesen Sie die Voten, die in der Novembersession zur Motion Fuchs und Knutti abgegeben wurden. Dort wurde gesagt, es sei ein ganz schlechter Vorstoss voller Fehler und die Motion, die noch komme – nämlich diese hier –, sei viel intelligenter. Die Zechprellerei, die uns Frau Marti vorwirft, begehen wir eben gerade nicht. Wenn man die Motion vorwärts liest, heisst es: «Leistungs- und Aufgabenabbau». Wenn ich in einer Beiz von einem Sechsgangmenü nur drei Gänge will, möchte ich auch entsprechend weniger zahlen. Das ist nicht Zechprellerei. Es ist erst Zechprellerei, wenn ich ein Dreigangmenü zahlen will, obwohl ich sechs Gänge gegessen habe. Deshalb halten wir an der Motion fest und bitten den Rat, sie zu überweisen.

Andreas Rickenbacher, Volkswirtschaftsdirektor. Ich nehme gerne Stellung zu der Motion, die Sie nun ausführlich diskutiert haben. Die Motionsforderung ist klar: Durch einen Leistungs- und Aufgabenabbau soll das Ziel erreicht werden, dass der Kanton beim Staatspersonal inklusive des subventionierten Bereichs und der Lehrerschaft bis 2015 mindestens 5 Prozent der Stellen abbauen soll. Zu dieser Motionsforderung hat der Regierungsrat in seiner schriftlichen Antwort Stellung genommen. Wichtig scheint dem Regierungsrat, klar darzulegen, dass wir es mit dem Programm ASP 2014 ernst meinen. Dieses Programm wird zu einem grossen Leistungs- und Aufgabenabbau in diesem Kanton führen. «Gross» im Sinne dessen, was man extrapolieren kann, wenn man beispielsweise in den letzten Wochen gelesen hat, was in diesem Kanton geschieht, wenn ein paar Strassen etwas später vom Schnee befreit werden. Die Arbeiten am Programm ASP 2014 sind im Gang. Die Finanzkommission wurde am Ende des vergangenen Jahres vom Regierungsrat bereits informiert; sie ist über den Zeitplan der ASP 2014 und darüber, wie diese Arbeiten weitergehen, informiert. Ergänzend zu dem, was der Regierungsrat schriftlich dargelegt hat, scheint mir wichtig, Ihnen ganz klar aufzuzeigen, dass es härteste Konsequenzen für die Leistungserbringung in diesem Kanton hat, wenn die Motion überwiesen und anschliessend vollzogen wird. In der Antwort wurde beispielsweise ausgeführt, es sei damit zu rechnen, dass rund 250 Schulklassen geschlossen werden müssten. Dort zeigt sich an diesen Forderungen denn auch «eine Nase», um es auf Berndeutsch zu sagen: Wenn wir Schulklassen schliessen und bei der Lehrerschaft Abbau betreiben, wie es die Motion fordert, können wir 70 Prozent der Einsparungen für das Kantonsbudget verbuchen, 30 Prozent fallen zugunsten der Gemeinden weg. Ein Stellenabbau führt also nicht überall zu einer Kostenersparnis für den Kanton. Betrachtet man die Dimensionen in absoluten Zahlen, kommt man, je nachdem, wie man es rechnet, auf 1600 bis 2500 Stellen, die abgebaut werden müssten. Vorhin hörten wir von Grossrat Siegenthaler, dass Spitäler nicht zum subventionierten Bereich gehören. Ob das der Fall ist, Herr Grossrat Siegenthaler, darüber könnte man nun diskutieren. Wenn der Kanton die Spitäler nicht mehr subventionieren muss, haben wir in der ASP schon relativ viel erreicht. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass die Spitäler damit rechnen, von Kanton weiterhin Subventionen zu erhalten.
Auf einen weiteren wichtigen Punkt, der auch in der schriftlichen Antwort angesprochen wird, möchte ich ebenfalls hinweisen: Der Kanton hat auch diverse Stellen, welche Einnahmen generieren, werte Grossrätinnen und Grossräte. Wenn wir generell 5 Prozent des Kantonspersonals abbauen, trifft es auch Bereiche, in denen wir entsprechend weniger Einnahmen haben werden. Zudem ist der Kanton Bern ein dezentraler Kanton: Wenn man ein dezentraler Kanton ist, der nicht nur aus einigen Kilometern rund um die Stadt Basel oder die Stadt Zug besteht, sondern sich von Moutier bis Guttannen erstreckt, ist auch die Verwaltung entsprechend dezentral organisiert. Wenn Sie als Parlament dieses Kantons fordern, dass wir generell 5 Prozent der Stellen in der Kantonsverwaltung abbauen sollen, muss ich Ihnen klar sagen, dass natürlich auch in der Dezentralität dieses Kantons mit einem massiven Stellenabbau zu rechnen ist. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat die Überweisung dieser Motion in Ziffer 1 als Motion ganz klar ab. Er könnte für einen derartigen Kahlschlag die Verantwortung nicht tragen.
Zu Ziffer 2. Vorhin wurde darüber diskutiert, ob man sie als Motion überweisen könnte, da die Forderung bereits erfüllt ist. In dem Fall müsste man sie konsequenterweise auch abschreiben. Die Regierung beantragt Ihnen, Ziffer 2 als Postulat zu überweisen, und zwar deshalb, weil der Regierungsrat für das Budgetjahr 2013 – wie auch schon für die Budgetjahre 2010 und 2011 – eine Plafonierung der Stellen beschlossen hat. Er ist kein Regierungsrat der Ausreden, wie zum Teil gesagt wurde. Vielmehr handelt dieser Regierungsrat: 2010 und 2011 setzte er eine absolute Plafonierung der Stellen durch. Das tat er auch für 2013. Wie Sie wissen, hat jedoch das Parlament entschieden, dass der Kindes- und Erwachsenenschutz kantonalisiert werden soll. Es tut mir sehr leid, werte Grossratsmitglieder: Einen solchen Bereich können wir nicht kantonalisieren und

gleichzeitig die Stellen plafonieren. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Regierungsrat in Ziffer 2 die Überweisung eines Postulats.
Noch eine generelle Bemerkung zur Finanzsituation, die hier ebenfalls diskutiert wurde. Der Regierungsrat dieses Kantons, werte Grossratsmitglieder, führte in den letzten Jahren eine Finanzpolitik, die im Vergleich mit anderen Kantonen keine schlechten Resultate aufwies. Wenn Sie sehen, dass andere Kantone bereits für die Jahre 2012 und 2013 Defizite budgetieren mussten und auch Defizite machten, erkennen Sie, dass der Regierungsrat in diesem Kanton eine verantwortungsvolle Finanzpolitik verfolgt hat: In der Legislatur 2006–2010 konnten wir aus eigener Kraft nahezu eine Milliarde Franken Schulden abbauen. Wir sind uns alle bewusst, dass sich die Lage der Kantone verschlechtert hat. Dies gilt nicht nur für den Kanton Bern, sondern generell für die Kantone in diesem Land. Dazu geführt haben insbesondere Entscheide des nationalen Parlaments, zum Beispiel die Pflegefinanzierung, das neue KVG, das allein dem Kanton Bern für das Budget 2012 fast 300 Mio. Franken Mehrkosten aufbürdete. Das sind exogene Faktoren, für die nicht der Regierungsrat des Kantons Bern die Verantwortung trägt. Auch aus den Staatsrechnungen anderer Kantone ist ersichtlich, dass diese ganz klar Auswirkungen auf die Kantone hat. Es bereitet mir grosse Sorgen, dass in diesem Land die mittlere föderale Ebene mittlere offenbar finanziell ausgehungert werden soll – diejenige staatliche Ebene, werte Damen und Herren, die in diesem Land den Hauptharst der Aufgaben trägt und finanziert. Wenn man Forderungen stellt, wie es dieser Motion der Fall ist, muss man auch über die Struktur eines Kantonshaushalts informiert sein. Ganz zum Schluss rufe ich Ihnen deshalb in Erinnerung, wie die Struktur dieses Finanzhaushalts aussieht, und zwar nicht nur im Kanton Bern, sondern generell die Finanzhaushaltsstrukturen der Kantone in diesem Land. Rund 70 Prozent dessen, was die Kantone tragen, sind Kosten im Bereich der Bildung, der Gesundheit – Spitäler – und des Sozialen – Heime, Krankenkassenverbilligungen, Ergänzungsleistungen. Das sind die Bereiche, für welche die Kantone in der Schweiz ihr Geld ausgeben. Wenn man die Forderung stellt, 5 Prozent des Personals und entsprechend 5 Prozent der Leistungen abzubauen, muss man sich bewusst sein, dass man nicht an der Bildung, den Spitälern, den Heimen, dem Sozialen vorbeikommen. Das lässt die Struktur des Finanzhaushalts schlicht nicht zu.
Ich fasse die Haltung des Regierungsrats zusammen: Aus unserer Sicht ist Ziffer 1 in der genannten Zeitdauer nicht umsetzbar. Man sollte nun die nötige Zeit gewähren, um auch im Dialog mit der Finanzkommission die ASP 2014 aufzustellen, damit wir uns konkret darüber unterhalten können, wo der Kanton, sei es in der Landwirtschaft, im Sozialen, in der Bildung, Aufgaben und Leistungen abbauen soll. Anschliessend sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam mitteilen, dass wir diese Aufgaben nicht mehr erfüllen wollen und einen entsprechenden Personalabbau vornehmen werden. Dort hält der Regierungsrat Leih. Ich kann Ihnen klar sagen, dass wir in unserer Verwaltung keine Angestellten haben, die einfach im Büro sitzen und die Beine hochlegen. Wir haben in unserer Kantonsverwaltung Leute, die tagtäglich motiviert und engagiert ihre Arbeit verrichten. Wenn man Personal abbauen will, muss man erst sagen, welche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden sollen. Alles andere ist keine ehrliche Politik. Deshalb lade ich den Grossen Rat dazu ein, zuerst den Dialog darüber zu führen, welche Aufgaben und Leistungen nicht mehr erfüllt werden sollen, und dort allenfalls zu einem Konsens zu kommen – und einen solchen Konsens zu erreichen, ist eine gewaltige Aufgabe, meine Damen und Herren. Wenn wir uns über die Leistungen, die nicht mehr erfüllt werden sollen, einig sind, kann man die entsprechenden Stellen abbauen. In dem Sinn bitte ich den Grossen Rat, dem Antrag der Regierung zu folgen und insbesondere Ziffer 1 der Motion in dieser Form abzulehnen.

Präsidentin. Damit können wir über den Vorstoss abstimmen. Die Motionäre halten bei beiden Ziffern an der Motion fest.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:
Punktweise beschlossen
Ziffer 1: Ablehnung (59 Ja, 70 Nein, 14 Enthaltungen)
Ziffer 2: Annahme (79 Ja, 56 Nein, 7 Enthaltungen)

Präsidentin. Der Rat lehnt Ziffer 1 der Motion mit 70 gegen 59 Stimmen bei 14 Enthaltungen ab. Anschliessend nimmt der Rat Ziffer 2 der Motion mit 79 gegen 56 Stimmen bei 7 Enthaltungen an.